Mitteilungen = Communications

Objekttyp: Group

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen = Swiss foresty journal

= Journal forestier suisse

Band (Jahr): 129 (1978)

Heft 11

PDF erstellt am: 22.05.2024

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek* ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

MITTEILUNGEN - COMMUNICATIONS

Ökologische Orientierung der Raumordnungspolitik

Zur Jahrestagung 1978 der deutschen Akademie für Raumforschung und Landesplanung

von H.-J. Leibundgut, Zürich

Oxf.: 911

Nachdem vor allem im vergangenen Jahrzehnt teilweise mit Erfolg angestrebt worden war, die Probleme der Raumordnungspolitik aus der früher dominierenden Ebene der technischen Gestaltung zu lösen und in gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge zu stellen, scheinen nun die Belange des Umweltschutzes in der internationalen Diskussion wieder verstärkt in den Vordergrund zu treten. Dies überrascht, wurde doch die Umweltpflege in der Politik nach ersten Höhepunkten um 1970 vor allem seit dem Einsetzen der Rezession wieder eher in den Hintergrund geschoben. Der Vorrang gehörte in der Zeit des Krisenschocks wieder eindeutig den Massnahmen zur Förderung des (quantitativen) Wirtschaftswachstums. So sollten die alten Postulate nach Begünstigung einer dezentralisierten und qualitativ vielseitigen regionalen Entwicklung vermehrt durch eine betont wachstumsorientierte Politik mit starker räumlicher Zentralisierung und regionaler Spezialisierung ersetzt werden, und als Gegenstück zur geforderten demographischen und wirtschaftlichen Ballung in den Agglomerationen wurde die Schaffung «ökologischer Ausgleichsregionen» grossen Massstabes empfohlen.

Gegenwärtig bahnt sich international offenbar eine Neuorientierung an. Sie zeigte sich dieses Jahr u. a. bereits im Rahmen des vom Europarat im vergangenen Frühjahr organisierten Seminars über «Probleme der Belastung und der Raumplanung im Berggebiet», an welchem die Nachteile konventioneller entwicklungspolitischer Konzeptionen für das Berggebiet hervorgehoben und neue Wege gesucht wurden, dies unter Einbezug bisher vernachlässigter Werte der Kultur und der natürlichen Umwelt.

Noch stärker kamen solche Tendenzen an der wissenschaftlichen Plenarsitzung 1978 der Akademie für Raumforschung und Landesplanung zum Ausdruck, welche kürzlich in Saarbrücken stattfand. Die Jahrestagung dieser für Fragen der Raumordnung im deutschen Sprachraum führenden Institution stand bezeichnenderweise unter dem Thema «Die ökologische Orientierung der Raumplanung». Mit den Referaten und Diskussionen, auf welche hier im einzelnen nicht näher eingetreten werden kann, wurde in erster Linie angestrebt, die ökologische Denkweise, so vor allem die Forderung nach einer zur Gewährleistung langfristiger Stabilität nötigen Vielfalt des Lebensraums, auf die gesamte Raumordnungspolitik auszudehnen. Demzufolge werden die Dezentralisierung der Bevölkerung und der

Wirtschaft sowie die *Durchmischung* des Raumes wieder klar als Ziele der künftigen Politik in den Vordergrund gerückt. Eine extreme räumliche Konzentration und Spezialisierung verstösst nach dieser Konzeption gegen die Erfordernisse des Ausgleichs und der langfristigen Sicherheit.

Es besteht zwar Einigkeit darüber, dass solche Anliegen in extremer Ausprägung mit der zur Erhaltung des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes nötigen Konzentration von Bevölkerung und Wirtschaft nicht vereinbar sind. Daher wurde als wegleitendes Denkmuster einer künftigen Raumordnungspolitik die «Theorie der differenzierten Bodennutzung» in den Vordergrund gestellt, welche vor allem in den USA entwickelt worden ist. Sie soll den Weg zu einer Optimierung der ökonomischen und ökologischen Forderungen nach räumlicher Spezialisierung und Konzentration bzw. Durchmischung und Dezentralisierung weisen, indem der Raum nach dem Muster eines Schachbrettes in Kleinregionen relativ homogener, d. h. spezialisierter Funktionen aufgeteilt wird, welche gesamthaft jedoch derart angeordnet sind, dass sie ein langfristig sicheres und stabiles Ganzes zu bilden vermögen.

Das Ideengut ist im Grunde nicht absolut neu, indem es an das auch in der forstlichen Literatur, so z. B. bei Barthelmess, hervorgehobene Prinzip kleinräumiger «Ökumenen» erinnert (vgl. A. Barthelmess: Wald — Umwelt des Menschen. Dokumente zu einer Problemgeschichte von Naturschutz, Landschaftspflege und Humanökologie, Freiburg/München 1972; Besprechung in Schweiz. Z. Forstwes. 124. Jg., 1973, S. 934). Wesentlich erscheint aber das Bestreben, ökonomische und ökologische Forderungen an die Raumordnung zu verbinden. Die laufenden Tendenzen weisen damit die Raumordnungspolitik in eine Richtung, welche vom kurzfristig Wirtschaftlichen in eine langfristige und gesamtheitliche Daseinsvorsorge führt.

Wildbestände in der Schweiz weitgehend konstant

Auswertung der Eidg. Jagdstatistik 1977, mitgeteilt vom Schweizer Hege-Ring Oxf.: 156.9

Die Wildbestände in der Schweiz haben sich seit dem letzten Jahr nur wenig verändert. Dies geht aus der soeben erschienenen Jagdstatistik für das Jahr 1977 des Eidg. Oberforstinspektorates, Sektion Jagdwesen, hervor. Nachdem in den vergangenen Jahren bei den meisten Wildarten ein steter Anstieg verzeichnet wurde, gelang es 1977 durch sorgfältig erstellte und teilweise erweiterte Abschusspläne und Reduktionsjagden, die Wildbestände weitgehend zu stabilisieren.

Starke Steinwildbestände

Trotz der im Kanton Graubünden im letzten Herbst beim bisher geschützten Steinwild durchgeführten Reduktionsjagd, haben sich die Bestände weiterhin soweit vermehrt, dass auch dieses Jahr nochmals 280 Tiere, sorgfältig ausgesucht nach Standort, Alter und Geschlecht, zur Jagd freigegeben werden. Mit dieser Jagd werden nur Jäger mit langjähriger Jagdpraxis und einer Spezialausbildung für die Steinwildjagd betraut. Aber auch beim Reh- und Gemswild wurden 1977 die Bestände durch eine gegenüber dem Vorjahr erweiterte Reduktion der weiblichen Tiere und des Jungwildes an einem zu schnellen Wachstum gehindert.

Grössere Wildschäden

Wie aus der Jagdstatistik hervorgeht, sind die Kosten für die Wildschadenvergütung im vergangenen Jahr um rund Fr. 100 000.— auf gesamthaft Franken 1 650 000.— angestiegen. Zur Verminderung dieser für land- und forstwirtschaftliche Kulturen eine ernstzunehmende Bedrohung darstellenden Wildschäden, bedarf es der steten und verantwortungsbewusst gehandhabten Regulierung aller Wildbestände. In der Schweiz übernehmen annähernd 32 000 private Jäger diese Aufgabe. Sie bringen dem Staat durch Pacht- und Patentgebühren nicht nur Einnahmen von rund 12,5 Mio Franken, sondern sie sorgen auch auf freiwilliger Basis für die Hege des Wildes. In den Revierkantonen Zürich, Luzern, Solothurn, Baselstadt, Basel-Land, Schaffhausen, St. Gallen, Aargau und Thurgau werden zudem die beträchtlichen Auslagen für Wildhut, Wildschadenverhütung und -vergütung von rund 1,5 Mio Franken durch die privaten Jäger beglichen. Auch bei der Bekämpfung der sich weiter ausbreitenden Tollwut leistete die private Jägerschaft einen wichtigen Beitrag. Für Abschuss- und Fangprämien für Raubwild zur Eindämmung dieser Seuche wurden rund Fr. 410 000.— aufgewendet, rund Fr. 100 000.— mehr als im Vorjahr.